

Brauchen wir eine Demokratie-Enquete?

Forderung nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung

Seit den Auseinandersetzungen um den Tiefbahnhof Stuttgart 21 wird die Forderung nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung immer lauter. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie ist nicht neu in Deutschland. Durch Stuttgart 21 entwickelte sich jedoch eine breite Verankerung für mehr Beteiligung in der gesamten Bürgerschaft.

Schwächen bisheriger Beteiligungsformen: Beispiel Stuttgart 21

Die Proteste rund um Stuttgart 21 sind Ausdruck jahrelanger Ignoranz seitens Politik und Wirtschaft, gegenüber den Bedürfnissen der fundierten Kritik der Bürgerschaft an diesem Projekt. Seit 1995 der Beschluss zum Großprojekt zu Stuttgart 21 ohne jede Beteiligung der Bürger gefasst wurde, reißen die Proteste nicht ab. Erst waren die Proteste leise, fanden statt auf der Ebene fachlicher Auseinandersetzungen durch Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

Die Einwendungen gegen das Projekt wurden nur gehört, im gesetzgeberisch vorgegebenen Rahmen von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren. Hierbei kam dann die übliche Vorgehensweise zu tragen, dass Verbände und Institutionen Kritikpunkte einreichen konnten, im Hinblick auf Raum- und Umweltverträglichkeit. Die darüber hinaus gehenden Fragen und Anliegen aus der Bürgerschaft, sowie von Verbänden fanden so keine Berücksichtigung.

Diese Bedenken waren:

1. Trägt die Bürgerschaft diese Veränderung im Herzen der Stadt mit? Denn das Projekt Tiefbahnhof bedeutet eine gravierende Veränderung zentraler Bereiche der Stuttgarter Innenstadt, wie beispielsweise ursprünglich geplant den kompletten Abriss des jetzigen, das Stadtbild stark prägenden Bahnhofsgebäudes. Sowie die Zerstörung des innerstädtischen Bereiches des Schlossgartens. Dieser Schlossgarten ist für viele Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung von Naherholung und Freizeitgestaltung.
2. Die geplante Bebauung auf den freiwerdenden Flächen führt zu einer gigantischen Immobilienspekulation. Konsequenz wäre die hoch verdichtete Bebauung mit überwiegend Büro-, Geschäfts- und Regierungsgebäuden sowie sehr teuren hochwertigen Wohnräumen.
3. Stuttgart 21 gefährdet die Mineralwasservorkommnisse in Stuttgart.

4. Der Tiefbahnhof ist kein geeignetes Bahnprojekt für den Schienenverkehr der Zukunft, sondern lediglich ein Prestigeprojekt der Politik.
5. Es gibt keine Variantendiskussion. Alle alternativen Ideen werden ohne Debatte von vorneherein ausgeschlossen.

Von 1995 an bis heute kämpft die Stuttgarter Bürgerschaft darum mit ihren Bedenken, aber auch mit ihren konstruktiven Vorschlägen und ihrer Alternative Kopfbahnhof 21 ernst genommen zu werden. Statt einen vernünftigen Dialog zu organisieren, antworteten die Landesregierung Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Deutsche Bahn AG mit teuren Marketingkampagnen. Das Projekt Stuttgart 21 wurde zu dem Bahnprojekt, im Herzen Europas, hochstilisiert. Die Kritiker und Gegner wurden in die Ecke der Fortschrittsverhinderer, der ewig Gestrigen und Zukunftsverhinderer gedrängt.

Dies führte zu immer größer werdenden Unmut in der Bevölkerung. Die Kritiker von Stuttgart 21 und die Befürworter eines modernisierten Kopfbahnhofes argumentierten ja gerade damit, das Projekt realisieren zu wollen, das leistungsfähig ist zur Gestaltung des Bahnverkehrs der Zukunft, Raum lässt für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Umweltauswirkungen minimiert und das Projekt mit einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis realisiert. Und man muss schon die Frage stellen, was ist den wirklich eine moderne Projektpolitik? Ist es das politisch gewollte Projekt um jeden Preis? Oder ist es das gemeinsam mit den Bürgern vereinbarte Projekt, das die gemeinsamen Belange am besten berücksichtigt?

Die Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart fühlten sich zunehmend an den Rand gedrängt und verunglimpft. Als im Sommer 2010 die Proteste zunahmen, wurde deutlich, dass die Politik zunehmend die eigene Bürgerschaft bekämpfte. Die protestierende Bürgerschaft wurde zunehmend als Berufsdemonstranten, linkes Spektrum der Gesellschaft und völlig Unwissende, die nicht in der Lage seien Ausmaß und Komplexität des Projektes Stuttgart 21, zu beurteilen. Damit war auch die Einteilung des bürgerschaftlichen Engagements seitens der Politik in zwei Klassen offensichtlich. Gerade in Baden-Württemberg wird das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement hochgelobt und geehrt. Die Politik versteht darunter jedoch, das dienende Engagement, vor allem in Bereich soziale Dienstleistungen, Kultur, Sport und praktischer Naturschutz. Bürgerschaft, die kritisch ist und Politik mitgestalten möchte wird desavouiert und als unqualifiziert abgetan.

Eskalation und verspätete Schlichtung

Es brauchte erst die Eskalation der Wasserwerferschlacht der Polizei gegen Demonstranten im Stuttgarter Schlossgarten, um Landesregierung, Stadt und Bahn endlich dazu zu bewegen, eine Sachdebatte mit Vertretern der Bürgerschaft, also dem Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21, zu führen. Diese öffentlich ausgetragenen Gespräche, die sogenannte Faktenschlichtung haben Folgendes deutlich gezeigt:

1. Die Vertreter der Bürgerschaft argumentieren auf einem sehr hohen fachlichen Kenntnisstand.
2. Ihre Kritik (wie mangelnde Leistungsfähigkeit von S 21, negative Auswirkung für die Innenstadtentwicklung) hat sich in den meisten Punkten als berechtigt erwiesen, beziehungsweise konnten Restrisiken (wie Gefährdung des Mineralwassers, mangelnde Tunnelsicherheit) nicht ausgeschlossen werden.
3. Das Projekt Stuttgart 21 ist wesentlich teurer wie die Alternative Kopfbahnhof 21 und es ist im Gegensatz zu K21 den Nachweis der Leistungsfähigkeit für den Schienenverkehr der Zukunft schuldig geblieben.

Das Ergebnis der sogenannten Schlichtung blieb hinter diesen Ergebnissen weit zurück. Der Grund dafür liegt in dem Zeitpunkt des Gespräches. Es fand viel zu spät nach Abschluss der meisten Planfeststellungsverfahren zum Großprojekt Stuttgart 21 und nach Abschluss der Finanzierungsvereinbarung statt. Eine Ergebnis offene und Entscheidungen beeinflussende Bürgerbeteiligung muss wesentlich früher stattfinden.

Mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten notwendig

Wir sollten in Deutschland auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung als bisher, etablieren. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden von der konstruktiven Einbeziehung der Bürgerschaft bei der Planung von Großprojekten profitieren. Gewinnen werden die Projekte an Akzeptanz, Durchführbarkeit und zeitlicher Verkürzung in der Realisierung.

Verfahrensvorschlag für Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Zur Planung von Großprojekten wäre folgendes Vorgehen zu empfehlen:

1. Mit der Öffentlichkeit (Bürgerinitiativen, Verbände, Bürgerschaft etc.) muss vor Beginn der konkreten Planung über Planungsziele und Planungsalternativen diskutiert werden. Dieser Dialog sollte umfassend zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten erfolgen, und zwar mit einem neutralen Leiter in einer ergebnisoffenen Diskussion. An deren Ende sollten die grundsätzlichen Ziele der Planung, sowie die Kriterien zum Erreichen der Ziele und zur Prüfung von Varianten gemeinsam und verbindlich vereinbart werden (Mediation).
2. In einer ersten Planungsphase sollten die erarbeitenden Varianten einer vertieften Planung unterzogen werden. Ihr Ziel ist es, das Projekt mit der besten Bilanz, entsprechend der Kriterien aus der Mediation, zu ermitteln.
3. Danach sollen öffentliche Erörterungstermine zu diesen Ergebnissen erfolgen. Anschließend folgt danach ein Bürgerentscheid beziehungsweise eine Volksabstimmung je nach Art des Projektes.

4. Die detaillierte Projekt- und Umsetzungsplanung erfolgt anschließend nach bisher geltenden Gesetzen.
5. Bei neuen Erkenntnissen und erheblichen Abweichungen, wie etwa einer Kostenexplosion muss es möglich sein, das Projekt erneut auf den Prüfstand zu stellen.

Grundsätzlich brauchen wir also die Einführung von Umweltmediation für Großprojekte und die Einführung von Bürgerentscheiden und Volksabstimmungen mit herabgesetzten Quoren für die Umsetzung von Großprojekten. Keinesfalls dürfen die Ereignisse um die Proteste zu Stuttgart 21 von der Politik missbraucht werden, um Beteiligungsrechte der Bürgerschaft durch fortschreitende Deregulierung und Beschleunigung weiter zu verringern.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben ein massives Interesse an Politik, an Mitbestimmung und Mitgestaltung. Das Besondere ist, dass sich dieses Interesse ausgebreitet hat über alle Altersgruppen, alle Bildungsschichten und Parteigrenzen hinweg. Die Politik wäre gut beraten, diesen Willen zum Engagement positiv und konstruktiv zu nutzen, anstatt es wie bisher zu bekämpfen. Dann hätte die Politik auch die Chance den Bürgern zu vermitteln, dass sie Politik im Interesse und für die Bürgerschaft macht und keine Klientelpolitik für Einzelinteressen.

Klar definierte Enquete-Kommission kann hilfreich sein

Eine Enquete-Kommission kann bei der Erarbeitung von mehr demokratischer Beteiligung hilfreich sein. Oftmals arbeiten solche Kommissionen jedoch über einen sehr langen Zeitraum und ihre Ergebnisse sind unverbindlich. Deshalb sollte eine solche Kommission mit einem klaren Zeithorizont und einem eingegrenzten Arbeitsauftrag arbeiten. Zwingend sollte die Etablierung einer Umweltmediation und Bürgerentscheid und Volksabstimmung mit herabgesetzten Quoren zu Beginn von Großprojekten dazugehören."

Mehr qualifizierte und entscheidungsrelevante Bürgerbeteiligung ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Und die dafür notwendigen Veränderungen müssen schnell kommen

Dr. Brigitte Dahlbender ist Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Kontakt: brigitte.dahlbender@bund.net